

Berthold, Norbert; Fehn, Rainer; Thode, Eric

**Working Paper**

## Rigide Arbeitsmärkte und ungleiche Einkommensverteilung: Ein unlösbares Dilemma?

Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, No. 31

**Provided in Cooperation with:**

Chair of Economic Order and Social Policy, Julius Maximilian University of Würzburg

*Suggested Citation:* Berthold, Norbert; Fehn, Rainer; Thode, Eric (1999) : Rigide Arbeitsmärkte und ungleiche Einkommensverteilung: Ein unlösbares Dilemma?, Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, No. 31, Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, Würzburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/32511>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

**Rigide Arbeitsmärkte und  
ungleiche Einkommensverteilung:  
Ein unlösbares Dilemma?**

**Norbert Berthold  
Rainer Fehn  
Eric Thode**

Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge  
des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre,  
Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik

Prof. Dr. Norbert Berthold

Nr. 31

1999

Sanderring 2 • D-97070 Würzburg

# **Rigide Arbeitsmärkte und ungleiche Einkommensverteilung: Ein unlösbares Dilemma?**

*Norbert Berthold*

*Rainer Fehn*

*Eric Thode*

## **Abstract**

The paper shows that a more flexible labor market is unequivocally necessary for a lasting and substantial reduction of unemployment. It furthermore points out that a more flexible labor market is even beneficial from a long-run distributional point of view. Hence, the key to liberalizing the labor market lies in overcoming widespread short-run distributional concerns. Increasing the short-run elasticity of labor demand with respect to the real wage by fostering venture capital markets appears to be a crucial stepping stone.

JEL classification: E23, E24, E25, E44, J6

Universität Würzburg

Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre,  
Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik

Sanderring 2; D-97070 Würzburg

Tel.: 0931-312925; Fax: 0931-312774

e-mail:

[norbert.berthold@mail.uni-wuerzburg.de](mailto:norbert.berthold@mail.uni-wuerzburg.de)

[rainer.fehn@mail.uni-wuerzburg.de](mailto:rainer.fehn@mail.uni-wuerzburg.de)

[eric.thode@mail.uni-wuerzburg.de](mailto:eric.thode@mail.uni-wuerzburg.de)

## **I. Einleitende Bemerkungen**

Politiker, Öffentlichkeit und Ökonomen sind sich darin einig, daß die verheerende Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt dringend einer nachhaltigen Korrektur bedarf. Schon die nur offiziell registrierte Anzahl an Arbeitslosen droht sich bei über vier Millionen zu verfestigen, so daß bei der nächsten Rezession die Gefahr besteht, mit über fünf Millionen offiziell gemeldeten Arbeitslosen konfrontiert zu werden. Eine solche Entwicklung ist aber sowohl aus wirtschaftlicher wie auch aus politischer Sicht auf Dauer nicht tragbar. Es kann überhaupt kein Zweifel daran bestehen, daß sich die wirtschaftspolitischen Aktivitäten in Deutschland in den nächsten Jahren darauf konzentrieren müssen, das Arbeitsmarktproblem in den Griff zu bekommen. Alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen müssen daher auf den Prüfstand gestellt werden, wie sie sich auf den Arbeitsmarkt auswirken.

Diese Richtschnur scheint die neue rot-grüne Regierung bislang allerdings nur sehr begrenzt verinnerlicht zu haben. Zwar ist sie mit dem Anspruch angetreten, den Reformstillstand überwinden zu wollen und nicht mehr nur über Reformen zu reden, sondern sie auch tatsächlich umzusetzen. Die zunächst durchgeführten institutionellen Veränderungen in den Bereichen Arbeitsmarkt und Sozialpolitik sowie in der Steuerpolitik gleichen aber eher einer Rolle rückwärts in die unselige Zeit Anfang der 70er Jahre, in welcher in gewisser Hinsicht der Grundstein für die heutige Misere des vielgerühmten deutschen Modells der „Sozialen Marktwirtschaft“ gelegt wurde. Lediglich das jüngste haushaltspolitische Konsolidierungspaket weist auch aus angebotspolitischer Sicht einige positive Elemente auf. „Reform“ ist eben ein schillernder Begriff. Wie sich gezeigt hat, lassen sich auch Veränderungen der institutionellen Rahmenbedingungen, die aus Beschäftigungssicht in die falsche Richtung gehen, als Reformen titulieren. Diese insgesamt bedenkliche Entwicklung in Deutschland ist um so erstaunlicher, wenn man sich vor Augen hält, daß es inzwischen eine ganze Reihe von OECD-Ländern gibt, welche es geschafft zu haben scheinen, das Ruder auf dem Arbeitsmarkt dauerhaft herumzureißen. Neben Großbritannien und Neuseeland sind hier insbesondere die Niederlande und Dänemark zu erwähnen. Eine Sonderrolle nehmen sicherlich die USA ein, weil sie schon seit jeher einen wesentlich flexibleren Arbeitsmarkt aufweisen, was sich aber gerade unter den heutigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in einer deutlich positiveren Arbeitsmarktbilanz niederschlägt.

Man kann es also drehen und wenden wie man will, eine durchgreifende Verbesserung der Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt wird sich nur dadurch erreichen lassen, daß man den Arbeitsmarkt entschlossen liberalisiert, im Bereich des Sozialstaates auf mehr Eigenverantwortung und damit private Versicherungslösungen setzt und im Steuerrecht das Leistungsprinzip wieder mehr Anerkennung findet. Gerade der deutsche Arbeitsmarkt hat sich jedoch bislang als ausgesprochen reformresistent in dem Sinne erwiesen, daß echte Liberalisierungsschritte kaum durchsetzbar zu sein scheinen. Jedenfalls gelang dies auch während der immerhin 16 Jahre währenden Amtszeit der konservativ-liberalen Koalition in Deutschland nicht, obwohl das vielzitierte „Lambsdorff-Papier“, welches letztlich mit zum Sturz der sozial-liberalen Koalition führte, ja explizit einen radikalen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik hin zu einer stärker marktwirtschaftlichen Orientierung forderte. Man darf gespannt sein, ob das kürzlich in London vorgestellte Schröder-Blair-Papier, das ja durchaus erstaunliche Erkenntnisse zu marktwirtschaftlichen Prinzipien enthält, in ähnlich geringem Umfang Eingang in die tatsächliche Wirtschaftspolitik findet. Es stellt sich damit aber unweigerlich die Frage nach den Gründen für die institutionelle Sklerose auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Insbesondere gilt es zu untersuchen, ob die Argumente der Gegner einer durchgreifenden Liberalisierung des deutschen Arbeitsmarktes wirklich stichhaltig sind, oder ob sich dahinter letztlich nur kurzfristig orientiertes Verteilungdenken verbirgt.

Um die Gründe für die institutionelle Sklerose auf dem deutschen Arbeitsmarkt genauer zu untersuchen, ist der Beitrag wie folgt aufgebaut. Zunächst einmal wird insbesondere auch vor dem Hintergrund empirischer Evidenz die Stichhaltigkeit der zentralen Argumente untersucht, welche immer wieder gegen die positiven Beschäftigungseffekte einer Liberalisierung des Arbeitsmarktes ins Feld geführt werden. In einem zweiten Schritt werden die Wirkungen von Liberalisierungsmaßnahmen auf die Einkommensverteilung genauer unter die Lupe genommen, wobei die Rückwirkungen auf die Real- und Humankapitalbildung im Zentrum des Interesses stehen. In einem dritten Schritt wird schließlich der Frage nachgegangen, wie man die politökonomische Rationalitätenfalle auf dem Arbeitsmarkt durch indirekte Schritte durchbrechen könnte. Insbesondere könnte ein funktionsfähigerer Risikokapitalmarkt helfen, die kurzfristige Reallohnelastizität der Arbeitsnachfrage zu steigern und dadurch die Kosten rigider Arbeitsmärkte stärker nach dem Verursacherprinzip anzulasten.

## II. Bringt ein flexiblerer Arbeitsmarkt mehr Beschäftigung?

Von den Gegnern einer Politik der Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt werden immer wieder insbesondere vier Argumente gegen die positiven Beschäftigungseffekte eines flexibleren Arbeitsmarktes ins Feld geführt. Eine erste Abwehrlinie basiert auf dem Argument, daß die bestehende Massenarbeitslosigkeit gar nicht auf überhöhte Reallöhne relativ zur Grenzproduktivität der Arbeit bei Vollbeschäftigung und gegebenem Kapitalstock zurückzuführen sei, sondern vielmehr keynesianische Ursachen habe. Zweitens wird immer wieder argumentiert, daß Lohnzurückhaltung so gut wie keine positiven Beschäftigungseffekte zur Folge habe, sondern im schlechtesten Fall sogar die Arbeitsmarktsituation verschlimmere. Drittens wird häufig darauf hingewiesen, daß die Löhne in Deutschland im internationalen Vergleich gar nicht übermäßig rigide seien. Viertens wird in Frage gestellt, daß Länder mit einem flexibleren Arbeitsmarkt systematisch eine niedrigere Arbeitslosenrate aufweisen. Im folgenden wird gezeigt, daß alle vier Argumente auf äußerst tönernen Füßen stehen.

Es ist sicherlich richtig, daß ein flexiblerer Arbeitsmarkt wenig zum Abbau keynesianischer Arbeitslosigkeit beitragen kann. Flexiblere Löhne und in qualifikatorischer, sektoraler und regionaler Hinsicht flexiblere Lohnstrukturen und mobilere Arbeitnehmer können etwaige Nachfragedefizite auf dem Gütermarkt kaum beseitigen. In einer keynesianischen Situation wird die Arbeitsnachfrage durch die mangelnde Nachfrage auf dem Gütermarkt und nicht etwa durch zu hohe Reallohnansprüche der Arbeitnehmer nach oben beschränkt. Reallohnänderungen haben in einer keynesianischen Situation so gut wie keine Beschäftigungseffekte und die Arbeitsnachfrage reagiert nahezu vollkommen unelastisch auf Reallohnänderungen.<sup>1</sup> Schlimmer noch, die Protagonisten des keynesianischen Ansatzes weisen darauf hin, daß die bei sinkenden Reallöhnen und abnehmender Lohnquote erfolgende Umverteilung von den Arbeitnehmer- hin zu den Unternehmerhaushalten nicht nur unter Verteilungsgesichtspunkten problematisch ist, sondern daß sie sogar endogen die Beschäftigungsmisere verschärfen kann. Sie argumentieren in der Tradition Kaldors damit, daß die Arbeitnehmerhaushalte eine höhere Konsumquote als die Unternehmerhaushalte aufweisen, und demzufolge mit der Lohnquote die Binnennachfrage und damit auch die aggregierte Güternachfrage sinkt. Liegt aber tatsächlich keynesianische Arbeitslosigkeit vor, dann könnte dies eine Niveaureduktion der weitgehend unelastischen Arbeitsnachfrage zur Folge haben. Bei gegebenem Arbeitsangebot würde

---

<sup>1</sup> Vgl. Berthold (1988).

eine zurückhaltende Lohnpolitik daher einen weiteren Anstieg der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit nach sich ziehen. Das insbesondere von der IG-Metall angekündigte „Ende der Bescheidenheit“, deren Konsequenzen auch schon in der Tarifrunde 1999 zu beobachten waren, wäre also nicht etwa unverantwortliches Gewerkschaftsverhalten, sondern ein Beitrag zum Abbau der Beschäftigungsmisere.<sup>2</sup>

Diese Kaufkrafttheorie des Lohnes ist anscheinend ein zu schönes Märchen, als daß sie jemals vom bunten Markt des ökonomischen Theorieangebotes verschwinden würde. Wunschdenken ersetzt leider allzu oft ökonomische Vernunft, obwohl eine zurückhaltende (aggressive) Lohnpolitik bislang, wenn auch mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung, noch immer zu sinkender (steigender) Arbeitslosigkeit geführt hat. Spätestens mit dem Einbruch in der Beschäftigung in den neuen Bundesländern sollte eigentlich klar geworden sein, daß über den Kaufkrafteffekt des Lohns allenfalls ein Strohfeuer auf dem Arbeitsmarkt entfacht werden kann. Der Motor des Beschäftigungswachstums sind die Investitionen, und private Akteure sind eben nur bei verbesserten und nicht bei verschlechterten Gewinnerwartungen bereit, sich vermehrt auf riskante Investitionen einzulassen. Während aber der negative Angebotseffekt einer aggressiven Lohnpolitik die Unternehmungen in vollem Umfang trifft, sind die vermeintlich auftretenden, positiven Nachfrageeffekte höchst unsicher und allenfalls von kurzer Dauer.

Führt eine zurückhaltende Lohnpolitik einmal tatsächlich aufgrund einer anhaltenden Nachfrageschwäche auf dem Gütermarkt nicht zu den erwünschten positiven Beschäftigungseffekten, dann ist es völlig verfehlt, diesem Problem mit einem Umschwenken auf einen aggressiveren Kurs der Lohnpolitik zu Leibe rücken zu wollen. Vielmehr sind dann die Geld- und die Fiskalpolitik gefragt, über Zins- und Steuersenkungen für positive Nachfrageimpulse zu sorgen. In einer solchen, eher keynesianisch geprägten Situation wäre das Ziel der Preisniveaustabilität auch nicht gefährdet, weil ja eine Nachfragelücke auf dem Gütermarkt vorliegen müßte und die Preise daher tendenziell fallen müßten. Es müßten also gewichtige Anzeichen einer Deflation auszumachen sein. Preisniveaustabilität, wie man sie derzeit in Deutschland beobachten kann, ist hingegen kein Indikator für eine Nachfragelücke auf dem Gütermarkt, sondern vielmehr eine wichtige Voraussetzung für ein Anspringen der Investitionen. Preisni-

---

<sup>2</sup> Vgl. Berthold, Fehn und Thode (1998).

veaustabilität geht empirisch mit geringeren Schwankungen der Inflationsrate einher, so daß auch der Realzins aufgrund einer verringerten Risikoprämie sinkt.

Es stellt sich dennoch die Frage, wie bedeutsam der zyklisch-keynesianische Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Arbeitslosigkeit ist. Eine Reihe von empirischen Fakten spricht gegen die derzeit wieder populärer werdende keynesianische Argumentationslinie.<sup>3</sup> Erstens hat sich über die Konjunkturzyklen hinweg in Deutschland die Sockelarbeitslosigkeit deutlich erhöht. Die selbst in Phasen der Hochkonjunktur verbleibende Sockelarbeitslosigkeit ist aber gerade nicht auf zyklische Probleme zurückzuführen. Zweitens ist die mit einer stabilen (Lohn-) Inflationsrate vereinbare Arbeitslosenrate erheblich angestiegen, so daß ohne eine stärkere Disziplinierung des Lohnsetzungsverhaltens ein deutlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit sehr schnell die Lohninflation wieder aufleben lassen würde. Drittens ist auch die mit einer normalen Kapazitätsauslastung einhergehende Arbeitslosenrate stark gewachsen. Folglich sind ein Anstieg der Investitionstätigkeit und damit eine höhere Sachkapitalrendite unabdingbare Voraussetzungen für einen Durchbruch an der Front der Arbeitslosigkeit. Schließlich haben sich viertens die Mismatch-Probleme verschärft, weil neben der Arbeitslosenrate auch die Quote an offenen Stellen deutlich zugenommen hat. Mismatch-Probleme sind aber mit nachfragepolitischen Instrumenten nicht zu lösen, sondern vielmehr nur mit flexibleren Lohnstrukturen und mobileren Arbeitnehmern.

Dies bedeutet aber keineswegs, daß der Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht ursprünglich einmal von einem negativen Güternachfrageschock ausgelöst wurde. Es ist vielmehr so, daß zyklisch-keynesianische Arbeitslosigkeit sich sehr schnell zu klassisch-struktureller Arbeitslosigkeit verfestigt, wenn sie nicht umgehend bekämpft wird. Zum einen entwertet sich der unterausgelastete Teil des Realkapitalstocks, so daß die Überkapazitäten im Zeitablauf verschwinden. Zum anderen verfällt das Humankapital der entlassenen Arbeitnehmer mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit. Schließlich nehmen die Gewerkschaften mit wachsender Dauer der Arbeitslosigkeit in ihrem Lohnverhandlungsverhalten immer weniger Rücksicht auf die Interessen der im Zuge eines negativen Nachfrageschocks entlassenen Arbeitnehmer.<sup>4</sup> Eine expansive Nachfragepolitik muß daher bei keynesianischen Problemen umgehend wirksam werden, wenn sie nicht Gefahr laufen soll, inflationär zu verpuffen. Dies ist sicherlich ein äußerst schwieriges Unterfangen und allenfalls mit automatischen Stabilisatoren erreichbar.

---

<sup>3</sup> Vgl. Fehn (1997).

<sup>4</sup> Vgl. Bean (1994).

Insgesamt kann es somit aber nicht verwundern, daß rund 85% der bestehenden Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht zyklisch-keynesianischer, sondern klassisch-struktureller Natur sind, und daher mit Hilfe einer expansiven Nachfragepolitik nicht erfolgversprechend bekämpft werden können.<sup>5</sup>

Aus letztlich dem gleichen Grund ist es auch nicht zutreffend zu argumentieren, daß stärker deregulierte Arbeitsmärkte zwar tendenziell eine zurückhaltendere Lohnpolitik zur Folge haben, diese aber keine positiven Beschäftigungseffekte zur Folge hätte. Die Gegner einer zurückhaltenden Lohnpolitik argumentieren, daß die Lohnquote seit Anfang der 80er Jahre nahezu kontinuierlich gesunken ist, die Arbeitslosigkeit aber scheinbar unaufhaltsam steigt. Da der Anstieg der Arbeitslosigkeit mit einer seit Jahren vermeintlich zurückhaltenden Lohnpolitik einhergehe, zeige dies, daß Lohnzurückhaltung nicht nur ein untaugliches Konzept zum Abbau der Arbeitslosigkeit sei, sondern im Gegenteil die Beschäftigungsmisere sogar verschlimmere. Diese Argumentation leidet aber unter zumindest zwei gravierenden Schwächen. Zum einen ist die Lohnquote kein geeignetes Konzept, um den Grad der Lohnzurückhaltung zu messen. Die Entwicklung der Lohnquote hängt eben nicht nur von Lohnschwankungen, sondern auch in starkem Maße von der Veränderung der Beschäftigung ab. Ein Absinken der Lohnquote kann daher auch darauf zurückzuführen sein, daß die Unternehmungen sich erst mit einer erheblichen zeitlichen Verzögerung mit ihrer Produktionstechnik an eine vorangegangene aggressive Lohnpolitik anpassen. Der durch eine aggressive Lohnpolitik ausgelöste Anpassungsprozeß bei den Unternehmungen, also der Kapitalintensivierung und des Wegrationalisierens vorzugsweise von Arbeitsplätzen für gering qualifizierte Arbeitnehmer, ist natürlich nicht über Nacht abgeschlossen und spiegelt sich daher erst mit erheblicher Verspätung in der Lohnquote wider.<sup>6</sup> Zum anderen könnte lediglich bei Dominanz keynesianischer Probleme eine zurückhaltende Lohnpolitik theoretisch aufgrund einer möglicherweise sinkenden Konsumnachfrage der privaten Haushalte einen Beschäftigungsrückgang zur Folge haben. Überwiegen hingegen klassisch-strukturelle Probleme, dann löst die dadurch verbesserte Gewinnsituation einen positiven Impuls auf die Arbeitsnachfrage aus.

Eine ökonomisch sinnvolle Definition von Lohnzurückhaltung stellt darauf ab, ob die Bruttoeinkommen je Beschäftigtem stärker oder schwächer als das nominelle BIP wachsen.<sup>7</sup> Der so

---

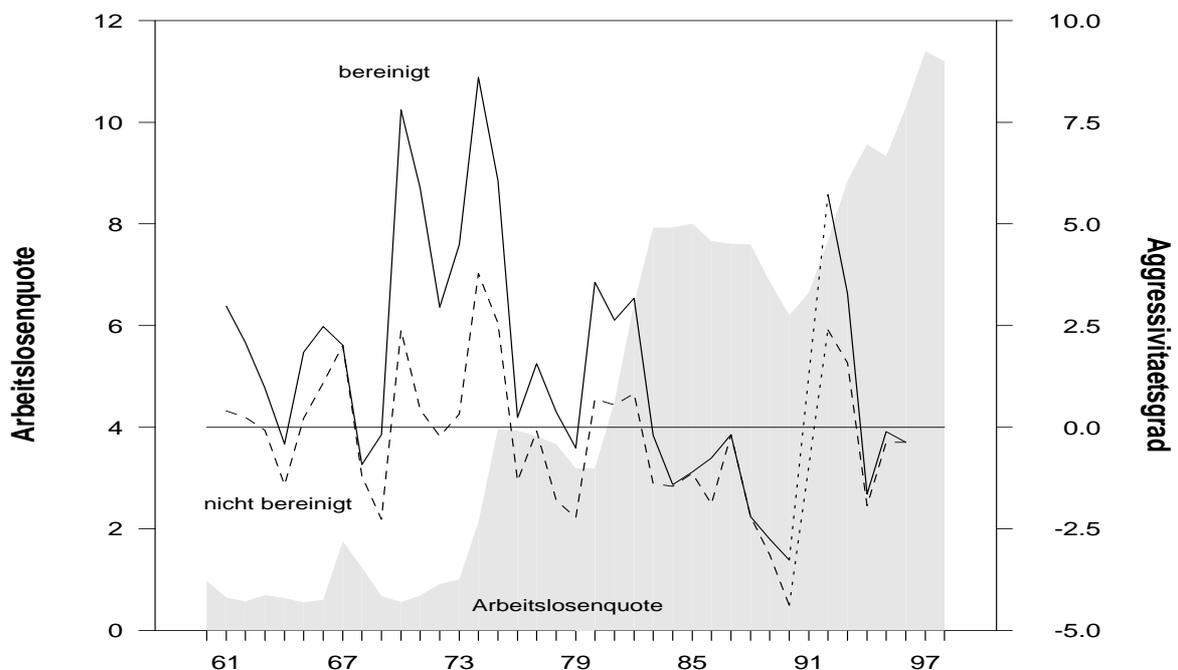
<sup>5</sup> Vgl. OECD (1998, 173 f.).

<sup>6</sup> Vgl. Caballero und Hammour (1997), Berthold und Fehn (1999a) und Berthold, Fehn und Thode (1999a).

<sup>7</sup> Vgl. Lehment (1999).

definierte unbereinigte Aggressivitätsgrad der Lohnpolitik zeigt schon an, daß die Lohnpolitik keineswegs, wie bisweilen behauptet wird, seit langer Zeit durchgehend Zurückhaltung übt. Vielmehr läßt sich Lohnzurückhaltung dann für die Zeiträume 1976-1979, 1983-1990 sowie 1994-1996 konstatieren. Diese Vorgehensweise krankt aber noch daran, daß sie nicht zwischen der tatsächlichen und der von der Notenbank angestrebten Inflationsrate unterscheidet. Lag aber die tatsächliche Inflationsrate über dem von der Bundesbank angestrebten Inflationskorridor von 0-2%, dann unterschätzt dieser Ansatz den Aggressivitätsgrad der Lohnpolitik. Ein nominelles BIP-Wachstum, das mit einer Inflationsrate von über 2% einhergeht, überschätzt den Verteilungsspielraum, weil die Bundesbank gezwungen war, mit einer restriktiven Geldpolitik dem übermäßigen Preisniveaustieg entgegenzuwirken.

**Abb. 1: Aggressivitätsgrad der Lohnpolitik und Arbeitslosigkeit (1961-1996)**



Dieses Problem läßt sich aber ohne größere Schwierigkeiten bereinigen, indem man bei der Berechnung der Wachstumsrate des BIP eine Inflationsrate von maximal 2% zuläßt. Der so bereinigte Aggressivitätsgrad der Lohnpolitik fällt immer dann höher aus, wenn die tatsächliche Inflationsrate 2% übersteigt. Mit Hilfe der Abb. 1 läßt sich eine zurückhaltende Lohnpolitik nach dieser Bereinigung aber nur noch für das Jahr 1979, sowie für die Zeiträume 1984 bis Ende der 80er Jahre und 1994-1996 ausmachen. In den übrigen Jahren überstiegen die durchgesetzten Lohnsteigerungen dagegen den Verteilungsspielraum zum Teil deutlich. Es ist erkennbar, daß die sprunghaften Anstiege der Arbeitslosigkeit stets den drei- bis vierjährigen Vorlauf einer besonders aggressiven Lohnpolitik aufweisen. Die einzige längere Phase der

Lohnzurückhaltung war also in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zu beobachten, und dies ist auch genau der seit langem einzige Zeitraum, in dem es in Deutschland zu erheblichen Beschäftigungszuwächsen gekommen ist. Folglich läßt sich festhalten, daß Lohnzurückhaltung, wenn sie denn über einen ausreichend langen Zeitraum geübt wird, so daß die Unternehmen darauf bereit sind, mit Investitionen und Neueinstellungen zu reagieren, die Beschäftigung nicht etwa negativ, sondern ganz klar positiv beeinflusst.

Es wird allerdings bisweilen auch bestritten, daß eine Politik der Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt tatsächlich ein flexibleres Lohnsetzungsverhalten zur Folge hat. Analog zu Calmfors und Driffill (1988) und noch pointierter Bruno und Sachs (1985) wird argumentiert, daß gerade korporatistisch organisierte Länder mit zentralen Lohnverhandlungen dazu führen, daß bei der Lohnsetzung die Interessen der Arbeitslosen berücksichtigt werden. Aus empirischer Sicht ist aber ganz klar feststellbar, daß Deutschland im internationalen Vergleich und vor allem relativ zu den USA deutlich inflexiblere Reallöhne aufweist. Dieses Ergebnis ist zwar schon seit der Untersuchung von Layard, Nickell und Jackman (1991) grundsätzlich bekannt, es bestätigt sich aber auch unter Berücksichtigung der Daten für die 90er Jahre und bei Verwendung eines strukturellen vektorautoregressiven Modells.<sup>8</sup> Bisherige Untersuchungen haben meist nur auf den kontemporären Effekt einer steigenden Arbeitslosigkeit auf den Reallohn abgestellt. Dagegen kann die SVAR-Methode mit Hilfe von Impuls-Antwort-Folgen die Entwicklung des Reallohnes nach einem Schock in der Arbeitslosigkeit über die Zeit hinweg nachzeichnen. Hier kommt also die gesamte dynamische Anpassung an den Schock zum Tragen.

---

<sup>8</sup> Vgl. Berthold, Fehn und Thode (1999b).

**Tab. 1: Reallohnrigidität**

	Layard, Nickell und Jackman <sup>a</sup>	SVAR
Austria	0.11	2.518
Belgium	0.25	2.486
Denmark	0.58	1.708
Finland	0.29	1.253
France	0.23	2.055
Germany	0.63	1.730
Greece	-	1.902
Ireland	0.27	2.334
Italy	0.06	2.641
Netherlands	0.25	1.581
Portugal	-	1.302
Spain	0.52	2.414
Sweden	0.08	1.001
UK	0.77	1.594
US	0.25	1.208
Japan	0.06	1.960

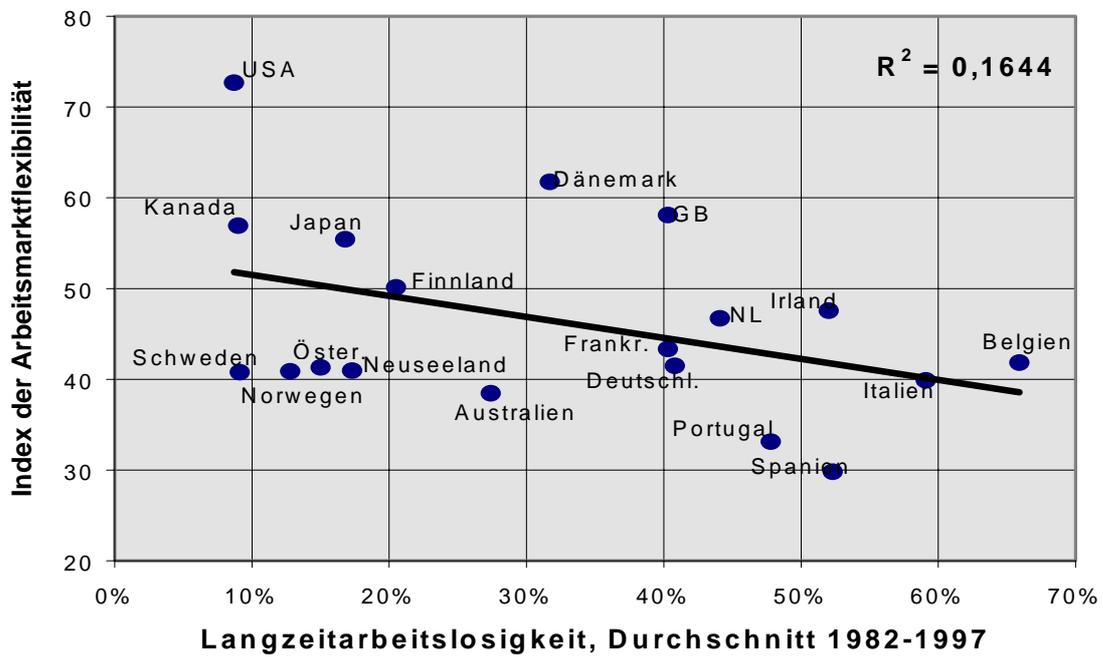
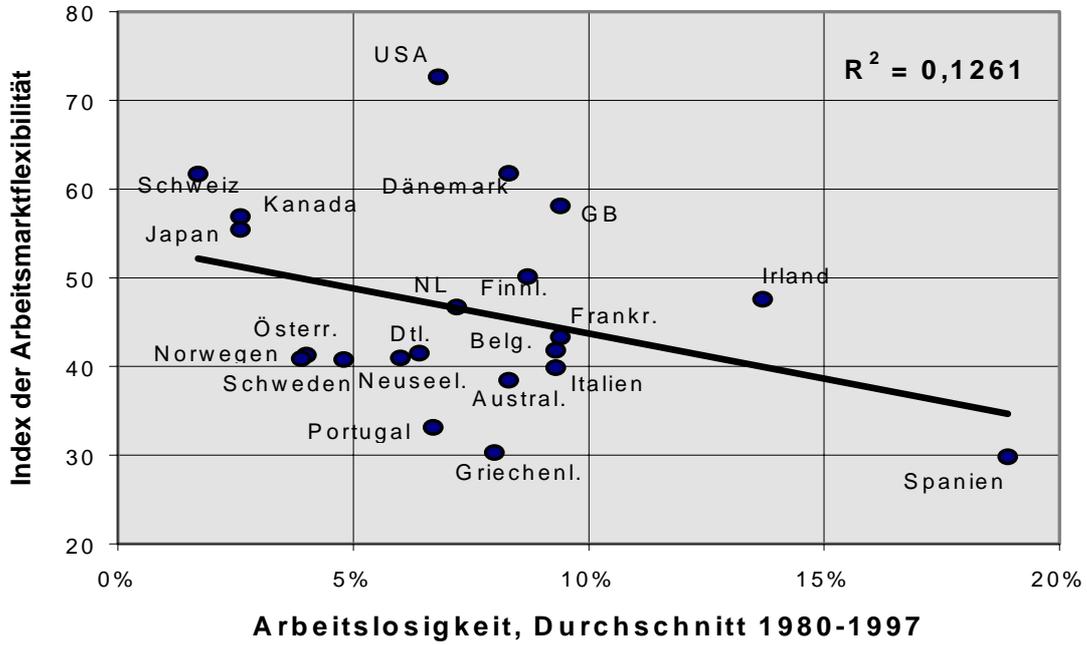
<sup>a</sup>Layard, Nickell und Jackman (1991: 406-407).

Die Ergebnisse der beiden Untersuchungen sind in Tab. 1 gegenübergestellt. Zwar ergibt sich auch für ein zumindest bis vor wenigen Jahren noch stark korporatistisch organisiertes Land wie Schweden eine relativ hohe Reallohnflexibilität. Hier spielten aber die im OECD-Vergleich deutlich überdurchschnittlichen Inflationsraten sicherlich eine nicht unerhebliche Rolle. Außerdem ist unter den veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine verstärkte Hinwendung zu einer korporatistischen Ausgestaltung des Arbeitsmarktes auf keinen Fall empfehlenswert. Die Globalisierung, der rasant voranschreitende technische Fortschritt und die immer umfassender werdenden Anforderungen an die Fähigkeiten der Mitarbeiter führen dazu, daß die Unternehmungen größere Entscheidungsspielräume benötigen und flexible Lohnstrukturen zunehmend wichtiger werden. Genau diese Bedürfnisse stehen aber im eklatanten Widerspruch zu einem stärker korporatistisch organisierten Arbeitsmarkt. Verstärkte Deregulierungsanstrengungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt würden daher zumindest mittel- bis längerfristig auch flexiblere Reallöhne und Lohnstrukturen und damit einen Abbau der Beschäftigungsmisere zur Folge haben.

Die These, daß ein flexiblerer Arbeitsmarkt bessere Beschäftigungsergebnisse hervorbringt, wird auch in länderübergreifenden Vergleichen bestätigt. So haben etwa Di Tella und Mac-

Culloch (1998) einen internationalen Index der Arbeitsmarktflexibilität erstellt, in den die Reallohnflexibilität und der Bestandsschutz für die Beschäftigten einfließen. Abb. 2 zeigt, daß im länderübergreifenden Vergleich dieser Index der Arbeitsmarktflexibilität negativ mit der Arbeitslosenrate und insbesondere auch der Langzeitarbeitslosenrate korreliert ist. Dieser negative Einfluß des Kündigungsschutzes und der Rigidität der Reallöhne auf die Beschäftigungsergebnisse wird auch in der Panelanalyse von Blanchard und Wolfers (1999) bestätigt. Empirisch ohnehin unbestritten ist die These, daß großzügig ausgestaltete Transferzahlungen an die Arbeitslosen, insbesondere wenn diese im Prinzip zeitlich unbefristet gewährt werden, das Arbeitslosenproblem und insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit verschärfen. Es führt also im Ergebnis kaum ein Weg an der Erkenntnis vorbei, daß sich eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zumindest mittel- bis längerfristig positiv auf die Beschäftigungssituation auswirkt. Aus Beschäftigungssicht ist daher eine Politik der Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt, also etwa ein behutsamer Abbau des Kündigungsschutzes, dezentralere Lohnverhandlungen und eine restriktivere Ausgestaltung der Leistungen an die Arbeitslosen auf jeden Fall wünschenswert. Es stellt sich allerdings die im politökonomischen Entscheidungsprozeß besonders wichtige Frage nach den Verteilungswirkungen eines solchen flexibleren Arbeitsmarktes.

Abb. 2: Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktflexibilität und Arbeitslosigkeit



### III. Verschärft ein flexiblerer Arbeitsmarkt Verteilungsprobleme?

Für Ökonomen dürfte es eigentlich wenig überraschend sein, daß ein flexiblerer Arbeitsmarkt zu besseren Beschäftigungsergebnissen führt. Spannender ist das übliche Verteilungsargument, welches gegen eine Politik der Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt immer wieder vorgebracht wird. Es liegt ja auch zunächst einmal nahe zu vermuten, daß marktlicher organisierte Arbeitsmärkte größere Einkommensungleichheiten sowohl in funktionaler als auch in personeller Hinsicht zur Folge haben. Fördert eine Politik der Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt Lohnzurückhaltung, dann hat dies, solange noch keine positiven Beschäftigungseffekte eintreten, zunächst einmal einen Rückgang der Lohnquote und umgekehrt natürlich auch einen Anstieg der Gewinnquote zur Konsequenz. Eine solche Umverteilung von den Arbeitnehmer- hin zu den Unternehmerhaushalten wird aber oft als ungerecht empfunden und stößt daher in der Regel auf erheblichen Widerstand in der Mehrheit der Bevölkerung. Dies ist vielleicht auch der entscheidende Grund, warum eine Politik der Deregulierung, wie sie seit Jahren von Ökonomen auch für Deutschland eingefordert wird, nur äußerst schwer im politischen Entscheidungsprozeß durchsetzbar ist.

Die Frage, die sich deshalb unmittelbar stellt, ist diejenige, ob diese Verschiebung der funktionalen Einkommensverteilung zugunsten der Unternehmerhaushalte wirklich von Dauer ist. Dies hängt letztlich davon ab, wie stark die Arbeitsnachfrage auf eine Politik der Lohnzurückhaltung mit einer Beschäftigungsausweitung reagiert. Je größer die Beschäftigungsausweitung ist und je stärker die Unternehmungen auf eine Politik der Lohnzurückhaltung auch mit zusätzlichen Investitionen reagieren, desto mehr wird der ursprüngliche Rückgang der Lohnquote über eine wachsende Beschäftigung und nach einiger Zeit wieder steigende Real-löhne rückgängig gemacht und verkehrt sich möglicherweise sogar in sein Gegenteil.

Die Schlüsselgröße für die Reaktion der Arbeitsnachfrage auf Lohnzurückhaltung ist die Reallohn- elastizität bzw. die in einem positiven funktionalen Zusammenhang mit der Reallohn- elastizität stehende Substitutionselastizität zwischen Arbeit und Kapital. Je höhere Werte beide Größen annehmen, desto stärker reagieren die Unternehmungen auf Lohnzurückhaltung mit Neueinstellungen, Erweiterungsinvestitionen und einer Reduktion der Kapitalintensität der Produktion, so daß insgesamt die Beschäftigung steigt. Bisher ist man in der Literatur allgemein davon ausgegangen, daß die Substitutionselastizität kleiner ist als eins, so daß die Cobb-Douglas Produktionsfunktion so etwas wie eine Obergrenze für die mögliche Anpassungsre-

aktion der Unternehmungen auf Lohnzurückhaltung darstellen würde. Rowthorn (1996) zeigt anhand eines Überblicks über die relevanten empirischen Untersuchungen, daß diese in ihrer Mehrheit zu dem Ergebnis gelangen, daß die Substitutionselastizität unter eins liegt. Allerdings wird in diesen Untersuchungen in der Regel der langfristige Anpassungsprozeß in bezug auf die Höhe des aggregierten Kapitalstocks, welcher für die langfristige Substitutionselastizität eine Schlüsselgröße darstellt, nicht angemessen berücksichtigt. Außerdem liegen diese Analysen schon einige Zeit zurück und entsprechen nicht mehr dem „state of the art“ in der ökonometrischen Vorgehensweise. So berücksichtigen viele Untersuchungen nicht die stochastischen Trends, welche den meisten Zeitreihen innewohnen. Langfristige Gleichgewichtsbeziehungen sind aber auf diesem Wege nicht identifizierbar. Darüber hinaus werden in vielen Fällen die Variationen des Kapitalstocks nicht explizit untersucht, allein die Arbeitsnachfrageseite wird beleuchtet.

Das fortgeschrittene Alter und die genannten Schwächen der meisten dieser Untersuchungen ist insofern relevant, als Caballero und Hammour (1997) im Rahmen eines für die Verhältnisse in Kontinentaleuropa entworfenen dynamischen Beschäftigungsmodells argumentieren, daß die Unternehmungen nur sehr allmählich ihre Beschäftigungsstruktur an politisch verursachte Datenänderungen anpassen. Langfristig geschieht dies jedoch dann dafür um so intensiver, und ihr Modell legt nahe, daß die langfristige Substitutionselastizität zwischen Arbeit und Kapital größer als eins ausfällt. Im Produktionsprozeß entstehen Renten, welche auf die Produktionsfaktoren aufgeteilt werden. Die Aufteilung der Renten hängt davon ab, in welchem Maße die Faktoren spezifisch für die Produktion sind. Institutionelle Regelungen, wie etwa eine Ausweitung des gesetzlich vorgeschriebenen Kündigungsschutzes, führen dazu, daß die Arbeitnehmer sich ein größeres Stück des Kuchens aneignen können. Die Unternehmungen reagieren auf derartige Schocks langfristig mit einer Ausdehnung der Kapitalintensität der Produktion und einer verringerten Neigung, neue Arbeitnehmer einzustellen, die weit über die üblichen neoklassischen Annahmen hinausgeht. Damit stellen sie sicher, daß sie langfristig zumindest die international übliche Kapitalrendite erzielen und nicht ex post, also nach einer Einstellung, übermäßig von den Arbeitnehmern ausgebeutet werden. Dies hat zur Folge, daß sich derartige negative politische Schocks erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung in vollem Umfang in der Lage und Gestalt der Arbeitsnachfrage niederschlagen. Hält man sich vor Augen, daß der Arbeitsmarkt in Deutschland gerade in den 70er Jahren gravierenden interventionistischen Eingriffen ausgesetzt war, dann wird klar, daß man einen diese Vorgänge voll berücksichtigenden Wert für die langfristige Substitutionselastizität zwischen Arbeit und

Kapital nur dann erhält, wenn die Untersuchung sich auch auf die 80er und 90er Jahre erstreckt.

Unsere Schätzmethode beruht auf einem Fehler-Korrektur-Ansatz mit kointegrierten Variablen.<sup>9</sup> Dieser besteht aus zwei Gleichungen, welche die Arbeitsnachfrage und die Kapitalnachfrage abbilden. Aus den Langfristbeziehungen zwischen dem Reallohn und dem Arbeitskoeffizienten sowie den Kapitalnutzungskosten und dem Kapitalkoeffizienten ergibt sich die langfristige Substitutionselastizität. Da diese beiden Gleichungen nicht unabhängig von einander sind, wurden sie in einem System scheinbar unverbundener Gleichungen geschätzt. Es ergeben sich zunächst zwei verschiedene Elastizitäten, die sich aber statistisch gerechtfertigt auf einen gemeinsamen Wert restringieren lassen. Für Deutschland stellt sich tatsächlich heraus, daß die so gemessene langfristige Substitutionselastizität zwischen Arbeit und Kapital, welche auch Anpassungen des Kapitalstocks in vollem Umfang berücksichtigt, signifikant größer als eins ausfällt. Der mit Hilfe der SUR-Methode geschätzte Wert liegt bei 1,45. Daraus ergibt sich, daß bei einer Beschäftigtenzahl in Deutschland im Jahre 1998 von 33,98 Mill. eine einmalige Reallohnsenkung von 1% mit anschließender strikter Orientierung der Lohnpolitik am exogenen Trendwachstum der Arbeitsproduktivität nach etwas über zwei Jahren mindestens 246000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen würde.

Mindestens ebenso spannend sind aber die Konsequenzen dieses überraschend hohen Wertes für die Substitutionselastizität zwischen Arbeit und Kapital in bezug auf die Verteilungswirkungen einer Politik der Lohnzurückhaltung. Ein Wert für die Substitutionselastizität, der deutlich größer als eins ausfällt, impliziert zweierlei. Erstens bewirkt er, daß die langfristige Arbeitsnachfragekurve in einem Diagramm mit der Beschäftigungsmenge an der Abszisse und dem in Effizienzeinheiten gemessenen Reallohn an der Ordinate steigend verläuft.<sup>10</sup> Ein Land, das es schafft den Arbeitsmarkt zu deregulieren und dadurch den in der Lohnsetzungskurve zum Ausdruck kommenden Lohndruck zu senken, erhält also langfristig eine doppelte Dividende. Nicht nur die Beschäftigung steigt, sondern aufgrund der verstärkten Kapitalbildung und dem größeren Anreiz für den Produktionsfaktor Kapital, gemeinsam mit dem Produktionsfaktor Arbeit zu produzieren und neue Produktionsstätten zu gründen, wachsen langfristig auch die Einkommenserzielungsmöglichkeiten für die Arbeitnehmer. Dies ist aus Verteilungssicht auf jeden Fall zu begrüßen. Kurz- bis mittelfristig gilt jedoch nach wie vor der

---

<sup>9</sup> Vgl. Berthold, Fehn und Thode (1999a).

<sup>10</sup> Vgl. Rowthorn (1999).

fallende Verlauf der Arbeitsnachfragekurve. Aggressive Lohnerhöhungen führen somit auf jeden Fall zu Beschäftigungsverlusten, die sich aufgrund der empirisch ermittelten hohen Substitutionselastizität im Laufe der Zeit noch verstärken. Die Insider sägen sogar an dem Ast, auf dem sie selber sitzen, als in Folge der übermäßigen Lohnerhöhungen langfristig aufgrund der Kapitalanpassung ihr in Effizienzeinheiten gemessener Reallohn sinken muß.

Dieses positive Ergebnis stellt sich allerdings natürlich erst langfristig ein. Der Anpassungsprozeß gleicht einem „Tal der Tränen“, das erst durchschritten werden muß, bevor die Früchte der Lohnzurückhaltung geerntet werden können. Kurzfristig ist die Substitutionselastizität der Arbeitsnachfrage sehr gering, weil bereits installierte Maschinen und Produktionsanlagen auf eine bestimmte Kapitalintensität ausgerichtet sind, und es Zeit braucht, bis ein etwaiger Kurswechsel in der Lohnpolitik einen Anstieg der Investitionstätigkeit und eine Umstrukturierung des Kapitalstocks zur Folge hat.<sup>11</sup> Der zu erwartende Anpassungspfad verläuft daher derart, daß die Reallohnsenkungen zunächst einmal kaum einen Beschäftigungsanstieg bewirken und dieser sich erst nach und nach verstärkt. Erst ganz langfristig ist dann damit zu rechnen, daß der in Effizienzeinheiten gemessene Reallohn über das Ausgangsniveau hinaus ansteigt. Folglich ist klar, daß sich an kurzfristigen Verteilungsergebnissen orientierende Gewerkschaften einen solchen Pfad der Tugend kaum freiwillig bereit sind zu durchschreiten.

Eine langfristige Substitutionselastizität der Arbeitsnachfrage von größer als eins bedeutet aber noch mehr. Als Folge einer Politik der Lohnzurückhaltung fällt die Lohnquote langfristig nicht, sie kehrt vielmehr zu ihrem Ausgangsniveau zurück und steigt letztlich sogar darüber hinaus.<sup>12</sup> Eine Politik der Lohnzurückhaltung hat also langfristig keineswegs zur Folge, daß sich die funktionale Einkommensverteilung immer mehr zu Lasten der Arbeitnehmerseite verlagert. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Die nun schon seit Anfang der 80er Jahre rückläufige Lohnquote ist mit ein Ergebnis der faktischen Enteignung des Produktionsfaktors Kapital in den 70er Jahren durch politische Eingriffe in die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes. Es gilt diesen *Circulus vitiosus* in Deutschland nachhaltig zu durchbrechen und durch einen *Circulus virtuosus* zu ersetzen. Entschlossene Liberalisierungsschritte auf dem Arbeitsmarkt müssen dabei als Ausgangspunkt für einen dauerhaften Schwenk in dem Aggressivitätsgrad der Lohnpolitik dienen. In der Folge würde über eine deutliche steigende Investitionstätigkeit und eine arbeitsintensivere Produktion die Beschäftigung steigen. Langfri-

---

<sup>11</sup> Vgl. Blanchard (1998).

<sup>12</sup> Vgl. Caballero und Hammour (1997).

stig wäre aufgrund der genannten empirischen Ergebnisse der Effekt der Kapitalausdehnung so stark, daß sich aufgrund der verbesserten Allokation der Ressourcen die Einkommenserzielungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer für alle Arbeitnehmer, also auch für die bereits Beschäftigten verbessern.

Es gibt allerdings noch eine zweite Spielart des Verteilungsarguments, welches gegen flexiblere Arbeitsmärkte vorgebracht wird. Es wird argumentiert, daß flexible Arbeitsmärkte systematisch gering qualifizierte Arbeitnehmer benachteiligten, weil aufgrund der stärker zum Zuge kommenden Marktkräfte deren Entlohnung sinke und die qualifikatorische Lohnstruktur sich weiter auffächere. Dies lasse aber eine Klasse von „working poor“ entstehen, deren Arbeitseinkommen kaum zum Leben ausreiche. Tatsächlich läßt sich beobachten, daß die Verteilung der Einkommen in den USA wesentlich ungleicher ist als etwa in Deutschland, und im Gegensatz zu Deutschland der Differenzierungsgrad seit Anfang der 80er Jahre deutlich gestiegen ist. Ein solches Ausmaß an Ungleichheit sei aber in Deutschland weder politisch akzeptabel noch wirtschaftlich wünschenswert. Insbesondere sei dann mit einem erheblichen Anstieg der Kriminalität zu rechnen, was natürlich erneut zu massiven Effizienzverlusten führt.<sup>13</sup>

Eine solche Sichtweise greift aber gleich in mehrerer Hinsicht zu kurz. Erstens weist die USA nicht nur eine wesentlich heterogenere Bevölkerungsstruktur mit erheblichen Minderheitenproblemen auf, sondern das Bildungsniveau ist auch deutlich ungleicher als hierzulande. Von daher ist selbst bei einer ähnlich flexiblen Ausgestaltung der institutionellen Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt hierzulande wie in den USA nicht mit einer derart starken Ungleichverteilung der Einkommen zu rechnen. Zweitens gilt es bedenken, was langfristig die Alternative zum amerikanischen Modell ist. Derzeit gelingt es uns jedenfalls gerade nicht zu verhindern, daß vor allem gering qualifizierte Arbeitnehmer weit überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Es gilt sich vor Augen zu halten, daß in Deutschland rund 50% der Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung sind.<sup>14</sup> Die Alternative zum amerikanischen Modell ist im Bereich der gering qualifizierten Arbeitnehmer also gerade nicht eine Beschäftigung für den Großteil dieser Gruppe im regulären Arbeitsmarkt zu deutschen Tariflöhnen, sondern anhaltende Arbeitslosigkeit oder ein Verstecken dieser Arbeitslosigkeit in Programmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

---

<sup>13</sup> Vgl. Freeman (1995).

<sup>14</sup> Vgl. Ifo (1995, 65).

Die Bedeutung der ersten Alternative wird durch die dramatischen Quote an Langzeitarbeitslosigkeit unterstrichen. Nahezu 50% aller Arbeitslosen sind in Deutschland länger als ein Jahr ohne Beschäftigung, und auch hier spielen natürlich die gering qualifizierten Arbeitnehmer eine weit überdurchschnittliche Rolle. Es stellt sich aber schon die Frage, ob eher Langzeitarbeitslose ohne berufliche Perspektive oder „working poor“ der Versuchung unterliegen, kriminelle Aktivitäten zu entfalten. Die zweite Alternative der aktiven Arbeitsmarktpolitik wird zwar oft als Wundermittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gerade unter den gering qualifizierten Arbeitnehmern angesehen. Doch insbesondere die ernüchternden Erfahrungen im Paradeland der aktiven Arbeitsmarktpolitik, also in Schweden, aber auch diejenigen in Deutschland belegen eigentlich eher das Gegenteil.<sup>15</sup>

In engem Zusammenhang damit gilt es drittens zu bedenken, daß Humankapital eher „on the job“ als „off the job“ gebildet wird. Je länger eine Person arbeitslos ist, desto stärker gewöhnt sie sich an diese Situation und desto weniger ist sie noch im normalen Arbeitsalltag vernünftig einsetzbar. Neben den allgemeinen Anforderungen an Arbeitnehmer wie Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit gilt diese Aussage auch für das Erwerben betriebs- bzw. sektorspezifischer Fähigkeiten. Diese lassen sich ebenfalls weder in der Arbeitslosigkeit noch in staatlichen Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsprogrammen erwerben. Allgemeine Fähigkeiten, wie Lesen, Schreiben und Rechnen, sind hingegen effizient nur im Kindes- und Jugendalter zu vermitteln, während spätere Nachbesserungsversuche im Erwachsenenalter einen äußerst geringen Wirkungsgrad aufweisen.<sup>16</sup> Daher ist es von größter Bedeutung, daß es auch im Bereich der weniger qualifizierten Arbeitnehmer erst gar nicht zu einer länger andauernden Phase der Arbeitslosigkeit kommt. Eine durch einen deregulierten Arbeitsmarkt ermöglichte größere Flexibilität der Lohnstrukturen ist dafür eine entscheidende Voraussetzung. Freilich kann der Staat hier auch durchaus unterstützend eingreifen, indem er durch die Gewährung von befristeten Beschäftigungs- und höher dotierten Qualifizierungsgutscheinen den tatsächlichen Nettoverdienst über die effektiven Lohnkosten für den Arbeitgeber zeitlich klar begrenzt anhebt. Um Mitnahme-, Substitutions- und Verdrängungseffekte nicht übermäßig groß werden zu lassen, ist eine solche Gutscheinelösung allerdings nur für

---

<sup>15</sup> Vgl. Calmfors (1995), Calmfors und Skedinger (1995) und Berthold und Fehn (1997).

<sup>16</sup> Vgl. Heckman (1998).

solche Arbeitnehmer angezeigt, die bereits eine nicht unerhebliche Zeit vorher arbeitslos waren.<sup>17</sup>

Viertens stellt sich aber auch die Frage nach der Stabilität des derzeit in Deutschland eingeschlagenen Weges. Die äußerst großzügigen Transferzahlungen an die Arbeitslosen, die über die Arbeitslosenhilfe nicht nur im Prinzip zeitlich unbefristet gewährt werden, sondern auch noch auf Dauer an den zuletzt verdienten Nettolohn gekoppelt sind, sowie das Verstecken der Arbeitslosigkeit in Programmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind eine extrem teure Angelegenheit. Es ist nicht nur so, daß die Betroffenen faktisch so gut wie nichts zum Volkseinkommen beitragen, sondern die Finanzierung hat natürlich auch massive Allokationsverzerrungen zur Folge. Die Arbeitsanreize des aktiven Teils der Bevölkerung sinken aufgrund des wachsenden Steuer- und Abgabenkeils immer weiter ab. Arbeit lohnt sich immer weniger und insbesondere die Alternative der Schwarzarbeit wird zunehmend attraktiver. Langfristig stellt sich also gar nicht die Alternative, ob man im Bereich der gering qualifizierten Arbeitnehmer den bisher in Deutschland verfolgten Weg weitergeht oder sich mehr dem amerikanischen Modell zuwendet. Vielmehr verschiebt der deutsche Weg systematisch Lasten in die Zukunft, was aber auf Dauer natürlich nicht möglich ist. Wie insbesondere auch die Erfahrungen in Schweden gezeigt haben, wird der deutsche Ansatz eher früher als später an die Grenzen seiner Finanzierbarkeit stoßen und ein radikaler Systemschnitt ist dann ohnehin unausweichlich, will man eine zukunftsfähige Arbeitsmarktordnung errichten. Je früher aber dieser Kurswechsel zugunsten einer stärker marktwirtschaftlichen Orientierung auf dem Arbeitsmarkt durchgeführt wird, desto eher wird es aufgrund des dann größeren gesamtwirtschaftlich zur Verfügung stehenden Kuchens auf Dauer möglich sein, auch die elementaren verteilungspolitischen Ziele zu erreichen. Insgesamt läßt sich damit festhalten, daß auch die verteilungspolitischen Argumente gegen einen flexibleren Arbeitsmarkt bei einer längerfristigen Betrachtungsweise deutlich zu kurz greifen.

#### **IV. Läßt sich das kurzfristig orientierte Verteilungdenken überwinden?**

Der Schlüssel zur Reform des Arbeitsmarktes liegt in der Überwindung des kurzfristigen Verteilungsdenkens, aus welchem sich der Widerstand gegen flexiblere Arbeitsmärkte maß-

---

<sup>17</sup> Vgl. Snower (1994), Orszag und Snower (1996) und Berthold und Fehn (1999b).

geblich speist. Der hauptsächliche Ansatzpunkt, um dies zu erreichen, liegt darin, auch schon die kurzfristig anfallenden Kosten eines inflexiblen Arbeitsmarktes deutlich zu erhöhen, bzw. im Umkehrschluß die schon kurzfristig zu erzielenden Erträge einer Politik der Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt zu steigern. Der primäre Weg, über den dies gelingen könnte, ist eine Steigerung der kurzfristigen Reallohnelasticität der Arbeitsnachfrage. Dadurch würden sowohl die auch schon kurzfristig spürbaren Kosten inflexibler Arbeitsmärkte deutlich ansteigen, als auch der Anreiz der Arbeitnehmer wachsen, Reformen zuzustimmen.

In Abb. 3 liegt das Ausgangsgleichgewicht im Punkt A. Eine höhere Reallohnelasticität der kurzfristigen Arbeitsnachfragekurve  $LD_{SR}$  entspricht einer Drehung der kurzfristigen Arbeitsnachfrage derart, daß diese flacher verläuft. Es lohnt sich nun also auch schon kurzfristig mehr für die Arbeitnehmer, Lohnzurückhaltung zu üben, weil die damit erzielbaren Beschäftigungsgewinne größer ausfallen. Der Widerstand gegen Reformen des Arbeitsmarktes, welche die Lohnsetzungskurve  $WS$  in südöstlicher Richtung verlagern, wird daher kleiner. Dies könnte etwa ein deutlicher Abbau des gesetzlichen Kündigungsschutzes sein, so daß der Anspruchslohn  $w_R$  unverändert bleibt. Eine solche gegebene Verlagerung der Lohnsetzungskurve hätte dann kurzfristig größere Beschäftigungsgewinne zur Folge, wie sich unschwer aus einem Vergleich der Punkte B und C erkennen läßt. In einer langfristigen Betrachtungsweise gilt es außerdem zu bedenken, daß die langfristige Arbeitsnachfragekurve  $LD_{LR}$  aufgrund der empirisch ermittelten hohen Substitutionselastizität der Arbeitsnachfrage von größer als eins leicht steigend verläuft, so daß sich die Beschäftigungsgewinne noch deutlich verstärken und sogar der Reallohnverzicht wieder mehr als rückgängig gemacht wird. Das neue kurzfristige Gleichgewicht liegt also im Punkt C, während das langfristige Gleichgewicht im Punkt D zu liegen kommt.



Ein verschärfter Wettbewerb auf dem Gütermarkt verringert weiterhin generell für die Unternehmungen den Spielraum, über den Produktivitätsfortschritt hinausgehende Lohnerhöhungen auf die Güterpreise zu überwälzen. Dieser verringerte Preissetzungsspielraum und auch die höhere Mobilität der Produktionsfaktoren Real- und Humankapital steigern daher die Reallohnelastizität der Arbeitsnachfrage und disziplinieren in der Folge das Lohnverhaltensverhalten der Insider. Damit wächst die Bereitschaft der Insider, effizienteren institutionellen Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt zuzustimmen, weil sie nur noch einen immer kleiner werdenden Vorteil aus ihrer rechtlichen Privilegierung ziehen können.<sup>19</sup> Zwar wird ein lohnpolitisches Fehlverhalten auch in der geschlossenen Volkswirtschaft mit Beschäftigungseinbußen bestraft. Es vergeht aber in der geschlossenen Volkswirtschaft gewöhnlich mehr Zeit, bis sich die Folgen für die Insider bemerkbar machen, so daß der Disziplinierungseffekt kleiner ausfällt.

Doch nicht nur die Globalisierung belohnt lohnpolitisch verantwortungsbewußtes Handeln. Das dritte Marshallsche Gesetz über die abgeleitete Nachfrage besagt, daß die Elastizität der Arbeitsnachfrage sinkt, wenn das Kapitalangebot für die Unternehmungen weniger elastisch wird.<sup>20</sup> Umgekehrt bedeutet dies, daß die kurzfristige Arbeitsnachfrage elastischer in bezug auf den Reallohn wird, wenn der Kapitalmarkt vollkommener wird und damit Beschränkungen beim Kapitalangebot reduziert werden. Konkret heißt dies etwa, daß ein gegebenes Ausmaß an prozentualer Reallohnzurückhaltung dann zu einem höheren Anstieg von Arbeitsnachfrage und Beschäftigung führt, wenn alle Hindernisse für den Eintritt junger Unternehmungen, für welche sich aufgrund der zunächst niedrigeren Reallöhne neue Gewinnchancen ergeben, aus dem Weg geräumt werden.

Der Umfang des Eintritts von jungen Unternehmungen als Reaktion auf Reallohnzurückhaltung hängt entscheidend von entsprechenden Finanzierungsmöglichkeiten und insbesondere einem ausreichenden Angebot an Risikokapital ab. Hier stechen die Unterschiede zu den beschäftigungspolitisch wesentlich erfolgreicherer USA aber ebenso wie bei der institutionellen Ausgestaltung des Arbeitsmarktes sofort ins Auge. Unternehmensgründer in Deutschland erhalten in der Regel über den Kapitalmarkt so gut wie kein haftendes Eigenkapital, sondern allenfalls Fremdkapital. Es ist also äußerst schwer, ganz ohne eigenes Kapital überhaupt eine

---

<sup>19</sup> Vgl. Saint-Paul (1995).

<sup>20</sup> Vgl. Krueger und Pischke (1997).

junge Unternehmung in Deutschland zu gründen. Ganz anders ist die Situation in den USA, wo der Risikokapitalmarkt wesentlich weiter entwickelt ist und Unternehmensgründungen selten an Finanzierungsschwierigkeiten scheitern. Es kann daher kaum überraschen, daß in den USA die Arbeitsnachfrage äußerst elastisch auf Reallohnzurückhaltung reagiert und die Quote an Unternehmensneugründungen weitaus höher ist. Wie viel weiter fortgeschritten der Risikokapitalmarkt in den USA im Vergleich zu Deutschland ist, sieht man schon allein daran, daß dort etwa 1994 das insgesamt zur Verfügung stehende Angebot an Risikokapital 55,86% des BIP ausmachte, während es hierzulande lediglich 0,27% des BIP waren. Darüber hinaus läßt sich auch empirisch feststellen, daß die in den USA ohnehin viel zahlreicheren und finanzkräftigeren Risikokapitalgeber sich auch eher auf das zumeist besonders riskante Unterfangen einlassen, Unternehmungen in der Gründungsphase zu unterstützen.<sup>21</sup>

Die bislang nahezu vernachlässigbare Rolle von Pensionsfonds auf dem deutschen Kapitalmarkt ist eine der wesentlichen Ursachen dafür, daß hierzulande der Risikokapitalmarkt vergleichsweise unterentwickelt ist (Tab. 2). Pensionsfonds sind der bei weitem größte Financier von Risikokapitalgesellschaften in den USA. Demgegenüber wird der Risikokapitalmarkt in Deutschland von den Banken dominiert, deren konservative Anlagestrategie und enge Verflechtung mit der Großindustrie auch bei den ihnen angeschlossenen Risikokapitalgesellschaften durchschlägt. Dabei rührt die konservative Anlagestrategie der Banken hierzulande natürlich maßgeblich von den hiesigen Bewertungsvorschriften her, welche einen asymmetrischen Bilanzausweis von nicht realisierten Gewinnen und Verlusten erzwingen. Darüber hinaus erlaubt die relativ geringe Eigenkapitalquote der Banken keine auch nur vorübergehenden größeren Verluste. Schließlich spielt hierzulande ausgerechnet der Staat eine wachsende Rolle auf dem Markt für Risikokapital, obwohl er sicherlich am wenigsten geeignet ist, vielversprechende Projekte zu identifizieren und entsprechende Beratungsleistungen gerade bei Hochtechnologieprojekten anzubieten.

---

<sup>21</sup> Vgl. Fehn (1998) und OECD (1996).

**Tab. 2: Gesamtvolumen und Herkunft des Risikokapitals in Deutschland und den USA  
(Angaben in Prozent des Gesamtvolumens)**

<b>Deutschland</b>				
<b>Kapitalgeber</b>	<b>1991</b>	<b>1992</b>	<b>1993</b>	<b>1994</b>
Banken	60,87	48,51	48,13	51,01
Sparkassen	5,84	3,13	4,12	4,11
Versicherungen	9,57	11,52	12,12	11,71
Industrie	5,75	5,61	9,27	7,84
Private	13,64	5,40	6,66	8,24
Staat	0,06	3,76	5,62	6,97
Andere	4,27	1,46	3,39	3,36
Summe	100,00	79,39	89,29	93,24
keine Angaben		21,61	10,71	6,76
<b>Kapitalsumme in Mrd. DM</b>	<b>5,551</b>	<b>7,855</b>	<b>8,258</b>	<b>8,829</b>
<b>USA</b>				
Unternehmungen	4	3	8	9
Private	12	11	7	12
Pensionsfonds	42	42	59	46
Ausland	12	11	4	2
Stiftungen	24	19	11	21
Banken und Versi- cherungen	6	15	11	9
<b>Kapitalsumme in Mrd. \$</b>	<b>1271</b>	<b>2548</b>	<b>2545</b>	<b>3764</b>

Quelle: Pfirmann u.a. (1997, S. 24 und 34).

Eine Ausdehnung der kapitalfundierte Elemente in der Alterssicherung im Zusammenspiel mit der dann wachsenden Bedeutung von Pensionsfonds würde daher tendenziell helfen, auch in Deutschland den Risikokapitalmarkt weiterzuentwickeln. Dies gilt zumal dann, wenn die rigiden Anlagevorschriften für Pensionsfonds gelockert würden, und analog zu dem Konzept des „prudent man“ in den USA auch in Deutschland die Anlage der anvertrauten Mittel in riskante Eigenkapitaltitel in weitaus größerem Umfang als bislang möglich wäre. Eine staatliche Überwachung der Anlagepolitik der Pensionsfonds ist allerdings aus „moral hazard“-Gründen in jedem Fall erforderlich. Die bislang geltende steuerliche Bevorzugung von Pensionsrückstellungen ist hingegen ebenso wie diejenige für einbehaltende Gewinne in diesem Zusammenhang äußerst problematisch, weil in beiden Fällen der Kapitalmarkt als Steuerungsinstrument ausgeschlossen wird und die Mittel in keinem Fall als Risikokapital zur Verfügung stehen.<sup>22</sup>

<sup>22</sup> Vgl. Reisen (1996) und Gerke (1996).

Die fortschreitende Liberalisierung des Kapitalmarktes im Zuge einer immer stärkeren Integration in die Weltwirtschaft führt insgesamt dazu, daß auch kurzfristig immer weniger Gestaltungsspielraum in bezug auf den von den Unternehmungen zu zahlenden Produktreallohn besteht. Es ist damit für die langfristige Entwicklung der Beschäftigung in Europa von entscheidender Bedeutung, daß nicht nur innerhalb der EU-Länder der Binnenmarkt konsequent verwirklicht wird, sondern daß auch allen Bestrebungen vorgebeugt wird, Europa nach außen hin zu einer „Festung“ zu entwickeln. Die Offenheit der EU für Direktinvestitionen, aber auch für Kapitalabflüsse sowie ein funktionsfähigerer Markt für Risikokapital sind somit entscheidende Schritte auf dem Weg hin zu einem funktionsfähigeren Arbeitsmarkt.

## **V. Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen**

Die Ausführungen haben gezeigt, daß die immer wieder vorgebrachten Argumente gegen die positiven Beschäftigungswirkungen eines flexibleren Arbeitsmarktes nicht stichhaltig sind. Sie sind größtenteils Interessenargumente, welche nur vor dem Hintergrund kurzfristig angelegter Verteilungsüberlegungen verständlich sind. Aber nicht nur aus allokativer Sicht, sondern auch aus Verteilungsüberlegungen ist eine konsequente Liberalisierung des Arbeitsmarktes wünschenswert, zumindest wenn man bereit ist, sich von kurzfristigem Verteilungsgedanken zu lösen und wirtschaftspolitische Entscheidungen aufgrund ihrer längerfristigen Auswirkungen zu beurteilen. Damit ist aber auch klar, daß eine Politik der Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt vor allem deshalb so schwer im politischen Entscheidungsprozeß durchzusetzen ist, weil die maßgeblichen Entscheidungsträger in Politik und Verbänden nahezu zwangsläufig in kurzfristigeren Zeitkategorien und insbesondere in Wahlperioden denken.

Es gilt daher indirekte Wege aufzuzeigen, über die es dennoch gelingen könnte, den Arbeitsmarkt nachhaltig zu liberalisieren und dadurch das Problem der Massenarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. Offene Güter- und Faktormärkte innerhalb Europas und auch nach außen sind dafür eine wichtige Voraussetzung. Darüber hinaus könnten aber auch funktionsfähigere Kapitalmärkte einen wichtigen Beitrag dazu leisten, das Problem der anhaltend hohen strukturellen Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. Insbesondere könnte eine verbesserte Funktionsfähigkeit des Risikokapitalmarktes die Reallohnelastizität der Arbeitsnachfrage erhöhen und damit den Widerstand gegen Reformen auf dem Arbeitsmarkt schwächen.

Die sukzessive Umstellung der Alterssicherung auf ein privatwirtschaftlich organisiertes und kapitalfundiertes System und das damit einhergehende Wachstum von Pensionsfonds sind aufgrund der Erfahrungen in den USA wichtige Schritte hin zu einem funktionsfähigeren Risikokapitalmarkt. Aus wirtschaftspolitischer Sicht stellt sich somit die Frage, welche Hindernisse einer größeren Bedeutung von Pensionsfonds auf dem Kapitalmarkt hierzulande im Wege stehen. Das entscheidende Hindernis ist sicherlich der im internationalen Vergleich große Stellenwert der umlagefinanzierten gesetzlichen Alterssicherung. Er reduziert nicht nur den Bedarf an privater Zusatzvorsorge, sondern aufgrund der hohen Beitragssätze und aufgrund der entsprechend geringen Nettolöhne schränkt das teure umlagefinanzierte Alterssicherungssystem auch den Spielraum der Arbeitnehmer erheblich ein, privat Zusatzvorsorge für das Alter zu treffen. Sowohl die Leistungen der staatlichen Zwangsversicherung als auch die von Arbeitnehmern und Unternehmungen zu entrichtenden Beiträge müssen also nicht nur eingefroren werden, sondern besser noch sukzessive reduziert werden, um eine allmähliche Umstellung der Alterssicherung auf eine kapitalfundierte Versicherungslösung zu ermöglichen.

Neben der gesetzlichen Rentenversicherung wird aber hierzulande das Wachstum von Pensionsfonds noch durch ein weiteres staatlich initiiertes Hindernis eingeschränkt. Das zweite, allerdings wesentlich schwächere Standbein der Altersabsicherung neben der gesetzlichen Rentenversicherung ist in Deutschland die betriebliche Altersvorsorge. Diese erfolgt aber aufgrund einer großzügigen steuerlichen Subventionierung primär über unternehmensinterne Pensionsrückstellungen. Das Kapital ist in diesem Fall an die jeweilige Unternehmung gebunden, und das Management verfügt während des lange währenden Zeitraumes bis zur Auszahlung der Pensionszusage über einen erheblichen diskretionären Entscheidungsspielraum, wie es die finanziellen Mittel einsetzt. Die Verwendung der Mittel wird also nicht der Kontrolle durch den Kapitalmarkt unterworfen, so daß die nicht zu unterschätzende Gefahr besteht, daß die erzielte Rendite unter der Kapitalmarktrendite liegt. Da Pensionsrückstellungen etablierten Unternehmungen außerdem einen erheblichen Liquiditätsvorteil verschaffen, reduzieren sie nicht nur die Wettbewerbsintensität auf dem Gütermarkt, sondern sie bremsen darüber hinaus den strukturellen Wandel. Die steuerliche Privilegierung von Pensionsrückstellungen ist daher abzuschaffen, um einen größeren Teil der für die private Altersvorsorge bestimmten Mittel aus den etablierten Unternehmungen herauszuholen und ihre Anlage der Kapitalmarktkontrolle zu unterwerfen. Folglich würden sie eher für junge und innovative Unternehmungen zur Verfügung stehen und einen Beitrag dazu leisten, die Reallohnelastizität der kurzfristigen Arbeitsnachfrage zu steigern. Dies sollte damit einhergehen, daß man in

Deutschland bei betrieblichen Pensionszusagen generell vom „defined benefit“- auf das „defined contribution“-System übergeht, so daß die Arbeitnehmer selber und nicht mehr die Unternehmungen das Renditerisiko der Anlage am Kapitalmarkt übernehmen.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß zwischen den beiden derzeit wohl wichtigsten wirtschaftspolitischen Problemen hierzulande, nämlich der anhaltenden Beschäftigungsmisere und der Krise der gesetzlichen Rentenversicherung, durchaus ein Zusammenhang besteht. Eine grundlegende Reform der Alterssicherung in Richtung einer stärkeren Kapitalfundierung, wodurch auch Pensionsfonds mehr Spielraum zur Entfaltung erhielten, stellt einen wichtigen Baustein im Kampf gegen die primär strukturell bedingten Arbeitsmarktprobleme dar. Wie die aktuelle Debatte wieder einmal zeigt, ist eine solche Reform der Alterssicherung zwar nur äußerst schwer im politischen Entscheidungsprozeß durchzusetzen. Die demographische Entwicklung im Zusammenspiel mit der zunehmenden Globalisierung der Märkte werden das derzeitige, inhärent instabile System der Alterssicherung allerdings früher oder später ohnehin in die Geschichtsbücher verbannen. Die nationale Wirtschaftspolitik steht daher nur vor der Alternative, entweder die Reformen in beiden Bereichen rechtzeitig anzupacken und sich dadurch einen gewissen Gestaltungsspielraum zu erhalten, oder in Untätigkeit zu verharren und sich von den Ereignissen auf dem Arbeitsmarkt und im Bereich der Alterssicherung letztlich überrollen zu lassen.

## Literatur

- Bean, C. (1994), European Unemployment: A Survey, in: *Journal of Economic Literature* 32, S. 573 - 619.
- Berthold, N. (1988), Keynesianische versus klassische Arbeitslosigkeit, in: *WiSt* 17, S. 485 - 493.
- Berthold, N. und R. Fehn (1997), Aktive Arbeitsmarktpolitik - wirksames Instrument der Beschäftigungspolitik oder politische Beruhigungsspielle? In: *Ordo - Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 48, S. 411 - 435.
- Berthold, N. und R. Fehn (1999a), Aggressive Lohnpolitik, überschießende Kapitalintensität und steigende Arbeitslosigkeit: Können Investivlöhne für Abhilfe sorgen? Erscheint in: Berg, H. (Hrsg.), *Arbeitsmarkt und Beschäftigung*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Berlin.
- Berthold, N. und R. Fehn (1999b), Labor Market Policy in a Global Economy, erscheint in: Wagner, H. (Hrsg.), *Globalization and Unemployment*, Berlin u.a.
- Berthold, N., Fehn, R. und E. Thode (1998), Fallende Lohnquote und steigende Arbeitslosigkeit: Ist das „Ende der Bescheidenheit“ die Lösung? *Wirtschaftsdienst* 78, 736 - 742.
- Berthold, N., Fehn, R. und E. Thode (1999a), Falling Labor Share and Rising Unemployment: Long-Run Consequences of Institutional Shocks? Diskussionspapier Nr. 30, Lehrstuhl VWL 4, Universität Würzburg.
- Berthold, N., Fehn, R. und E. Thode (1999b), Real Wage Rigidities, Accomodative Demand Policies, and the Functioning of EMU, erscheint in: *Weltwirtschaftliches Archiv*.
- Blanchard, O. (1998), Revisiting European Unemployment: Unemployment, Capital Accumulation and Factor Prices, NBER Working Paper 6566.
- Blanchard, O. und J. Wolfers (1999), The Role of Shocks and Institutions in the Rise of European Unemployment: The Aggregate Evidence, mimeo, MIT und Harvard.
- Bruno, M. und J. Sachs (1985), *Economics of Worldwide Stagflation*, Oxford.
- Caballero, R. und M. Hammour (1997), Jobless Growth: Appropriability, Factor Substitution, and Unemployment, NBER Working Paper 6221.
- Calmfors, L. (1995), What Can We Expect from Active Labour Market Policy? In: *Beihefte der Konjunkturpolitik* 43, S. 11 - 30.
- Calmfors, L. und J. Driffill (1988), Bargaining Structure, Corporatism and Macroeconomic Performance, in: *Economic Policy* 3, 13 - 61.
- Calmfors, L. und P. Skedinger (1995), Does Active Labour Market Policy Increase Employment? Seminar Paper 590, Institute for International Economic Studies, Stockholm.
- Di Tella, R. und R. MacCulloch (1998), The Consequences of Labour Market Flexibility: Panel Evidence Based on Survey Data, mimeo.
- Fehn, R. (1997), *Der strukturell bedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit in Europa: Ursachen und Lösungsansätze*, Baden-Baden.
- Fehn, R. (1998), Capital Market Imperfections, Greater Volatilities, and Rising Unemployment: Does Venture Capital Help? Diskussionspapier Nr. 24, Lehrstuhl VWL 4, Universität Würzburg.
- Freeman, R. (1995), The Limits of Wage Flexibility to Curing Unemployment, in: *Oxford Economic Review of Economic Policy* 11, S. 63 - 72.
- Gerke, W. (1996), Risikokapital. Probleme deutscher Unternehmen am Markt für Risikokapital, in: *Trend* 1, S. 18 - 22.
- Giersch, H. (1989), Anmerkungen zum weltwirtschaftlichen Ansatz, in: *Weltwirtschaftliches Archiv* 125, S. 1 - 16.

- Heckman, J. (1998), The Effects of Government Policies on Human Capital Investment, Unemployment and Earnings Inequality, in: Arbeitsmärkte in den USA und Deutschland, Drittes öffentliches DAAK Symposium, Bonn 10.-11. Juni 1997, S. 305 - 336.
- Ifo (1995), Strukturbericht des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München.
- Krueger, A. und J.-S. Pischke (1997), Observations and Conjectures on the U.S. Employment Miracle, NBER Working Paper 6146.
- Lehment, H. (1999), Zur Bestimmung des beschäftigungsneutralen Lohnerhöhungsspielraumes, Die Weltwirtschaft 1, S. 79 - 89.
- Modigliani, F. u. a. (1998), An Economists' Manifesto on Unemployment, Quarterly Review, Banca Nazionale del Lavoro 51, S. 327 - 361.
- OECD (1996), Venture Capital and Innovation, OECD Working Paper 4 (98), Paris.
- OECD (1998), Economic Outlook 63, Paris.
- Orszag, J. und D. Snower (1996), A Macro Theory of Employment Vouchers, CEPR Discussion Paper 1367.
- Pfirrmann, O. u. a. (1997), Venture Capital and New Technology Based Firms. A US-German Comparison, Berlin.
- Reisen, H. (1996), Alterssicherung, Pensionsfonds und die aufstrebenden Aktienmärkte, in: D. Duwendag (Hrsg.): Finanzmärkte, Finanzinnovationen und Geldpolitik, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 242, Berlin, S. 169 - 190.
- Rowthorn, R. (1996), Unemployment, Wage Bargaining and Capital-Labour Substitution, ESRC Centre for Business Research, Working Paper 38, University of Cambridge.
- Rowthorn, R. (1999), Unemployment, Capital-Labor Substitution, and Economic Growth, IMF Working Paper WP/99/43, Washington D.C.
- Saint-Paul, G. (1995), A Framework for Analysing the Political Support for Active Labour Market Policy, CEPR Discussion Paper 1205, London.
- Siebert, H. und M.J. Koop (1990), Institutional Competition - A Concept for Europe? In: Außenwirtschaft 45, S. 439 - 462.
- Snower, D. (1994), The Simple Economics of Benefit Transfers, CEPR Discussion Paper 1086.

Seit 1997 erschienen:

**Nr. 10 Gibt es in einer Europäischen Währungsunion mehr sichere Arbeitsplätze?**

von Norbert Berthold, 1997

erschienen in: Willeke, Franz-Ulrich (Hrsg.): *Die Zukunft der D-Mark - eine Streitschrift zur Europäischen Währungsunion*, Landsberg am Lech, Olzog, 1997, S. 141-172

**Nr. 11 Regionalismus und Multinationale Unternehmungen: Wird der Protektion Einhalt geboten?**

von Norbert Berthold und Martín Donges, 1997

erschienen in: Berthold, Norbert und Bernhard Speyer (Hrsg.): *Vergessene Dimensionen der Außenwirtschaft: Raum, technischer Fortschritt und Entwicklung*, Festschrift für Detlef Lorenz, Berlin, Duncker & Humblot, 1997, S. 41-77

**Nr. 12 Arbeitsmarktbeziehungen zwischen wirtschafts- und tarifpolitischer Regulierung - Durchschlägt die Europäische Währungsunion den gordischen Knoten?**

von Norbert Berthold und Rainer Fehn, 1997

erschienen in: Cassel, Dieter (Hrsg.): *50 Jahre Soziale Marktwirtschaft: Ordnungstheoretische Grundlagen, Realisierungsprobleme und Zukunftsperspektiven einer wirtschaftspolitischen Konzeption*, Stuttgart, Lucius&Lucius, 1998, S. 457-490

**Nr. 13 Aktive Arbeitsmarktpolitik - wirksames Instrument der Beschäftigungspolitik oder politische Beruhigungspille?**

von Norbert Berthold und Rainer Fehn, 1997

erschienen in: *Ordo*, Bd. 48 (1997), Stuttgart, S. 411-435

**Nr. 14 Die Europäische Währungsunion: ein weiterer Schock für Europa?**

von Norbert Berthold, 1997

erschienen in: Mayer, Otto G. und Hans-Eckart Scharrer (Hrsg.): *Schocks und Schockverarbeitung in der Europäischen Währungsunion*, Baden-Baden, Nomos, 1997, S. 11-44

**Nr. 15 Globalisierung, demographische Schocks und Protektionismus -  
Was bleibt vom Sozialstaat?**

von Norbert Berthold, 1997

erschienen in: Seel, Barbara (Hrsg.): *Sicherungssysteme in einer alternden Gesellschaft*, Frankfurt/ New York, Campus, 1998, S. 15-44

**Nr. 16 Unvollkommene Kapitalmärkte und strukturelle Arbeitslosigkeit:  
Schaffen Pensionsfonds Abhilfe?**

von Rainer Fehn, 1998

erschienen unter dem Titel „Schaffen Pensionsfonds über vollkommene Kapitalmärkte mehr Beschäftigung?“ in: Koslowski, P. (ed.), *Shareholder Value und die Kriterien des Unternehmenserfolgs. Kapitalrechnung und gesellschaftliche Entwicklung*, Heidelberg, 1999, S. 73-108

**Nr. 17 Globalisierung - Drohendes Unheil oder schöpferische Kraft für den  
Sozialstaat?**

von Norbert Berthold und Eric Thode, 1998

erschienen in: Knappe, Eckhart und Norbert Berthold (Hrsg.): *Ökonomische Theorie der Sozialpolitik*, Heidelberg, Physica, 1998, S. 319-360

**Nr. 18 Endzeit der Flächentarife?**

von Norbert Berthold, 1998

**Nr. 19 Does EMU Promote Labor-Market Reforms?**

von Norbert Berthold und Rainer Fehn, 1998

erschienen in: *Kyklos*, Vol. 51 (1998), Fasc. 4, S. 509-536

- Nr. 20 **Sozialstandards unter globalem Druck: Erhalten, senken, erhöhen?**  
von Norbert Berthold und Jörg Hilpert, 1998  
erschieden in: Berg, Hartmut (Hrsg.): *Globalisierung der Wirtschaft: Ursachen - Formen - Konsequenzen*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 263, Berlin, Duncker & Humblodt, 1999, S. 127-156
- Nr. 21 **Die zehn Gebote der Arbeitsmarktpolitik**  
von Norbert Berthold und Rainer Fehn, 1998  
erschieden in: Klemmer, Paul, Dorothee Becker-Soest und Rüdiger Wink (Hrsg.): *Liberale Grundrisse einer zukunftsfähigen Gesellschaft*, Baden-Baden: Nomos, 1998, S. 353-372
- Nr. 22 **Real Wage Rigidities, Fiscal Policy, and the Stability of EMU in the Transition Phase**  
von Norbert Berthold, Rainer Fehn und Eric Thode, 1998  
erscheint in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, 1999.
- Nr. 23 **Europa auf dem Weg ins 21. Jahrhundert - Die Perspektive Westeuropas**  
von Norbert Berthold, 1998  
erscheint in: Wenig, Alois (Hrsg.), *Globalisierung und Europäische Integration*, 1999.
- Nr. 24 **Capital Market Imperfections, Greater Volatilities, and Rising Unemployment: Does Venture Capital Help?**  
von Rainer Fehn, 1998
- Nr. 25 **Der Föderalismus und die Arbeitslosigkeit: Eine vernachlässigte Beziehung**  
von Norbert Berthold, 1998  
erschieden in: *List Forum* für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bd. 24 (1998), H. 4, S. 345-366
- Nr. 26 **Labor Market Policy in a Global Economy**

von Norbert Berthold und Rainer Fehn, 1999

Nr. 27 **Sozialstaat und struktureller Wandel: eine verhängnisvolle Beziehung?**

von Norbert Berthold, 1999

Nr. 28 **Aggressive Lohnpolitik, überschießende Kapitalintensität und steigende Arbeitslosigkeit: Können Investivlöhne für Abhilfe sorgen?**

von Norbert Berthold und Rainer Fehn, 1999

Nr. 29 **Globalisierung und unvollkommene Kapitalmärkte: Verschärft die Knappheit international anerkannter Sicherheiten Länderkrisen?**

von Rainer Fehn, 1999

Nr. 30 **Falling Labor Share and Rising Unemployment: Long-Run Consequences of Institutional Shocks?**

von Norbert Berthold, Rainer Fehn und Eric Thode, 1999